

# Eine selbstbewusste extreme Rechte und eine stagnierende parlamentarische Linke in den Niederlanden

von [Alex de Jong, 16. Oktober 2025.](#)

Am 29. Oktober finden in den Niederlanden erneut Parlamentswahlen statt. Anfang Juni verlor die Regierung von Premierminister Dick Schoof ihre Mehrheit, als die rechtsextreme PVV von Geert Wilders die Koalition sprengte. Kurz vor den Wahlen könnte der Kontrast zwischen den wichtigsten politischen Ereignissen in den Niederlanden kaum größer sein. Am 20. September kam es nach einer Anti-Einwanderungs-Kundgebung zu Ausschreitungen von Faschisten in Den Haag. Am 5. Oktober marschierten eine Viertelmillion Menschen durch die Straßen von Amsterdam, um ihre Solidarität mit Palästina zu bekunden.

Eine wachsende extreme Rechte In **Den Haag**, Faschisten zogen durch die Straßen, schüchterten Menschen mit anderer Hautfarbe ein und bewarfen das Büro der sozialliberalen Partei D66 mit Steinen. Nazi-Grüße wurden mit den orange-weiß-blauen Flaggen kombiniert, die mit der niederländischen nationalsozialistischen Bewegung der 1930er und 1940er Jahre in Verbindung gebracht werden. Um die Verbindungen zwischen Faschismus und Kolonialismus zu verdeutlichen, trugen andere Flaggen der kolonialen Ostindien-Kompanie, der VOC. Dies war ein Ausdruck des Selbstbewusstseins der extremen Rechten, die sich durch das Wachstum von Parteien mit ähnlichen Ansichten im Parlament bestärkt fühlt.

In **Amsterdam** versammelten sich Menschen zur größten internationalen Solidaritätsdemonstration in der Geschichte der Niederlande. Dieser Marsch, der oft von Anwohnern bejubelt wurde, war auch ein Protest gegen die extreme Rechte. Selten war die Kluft zwischen offizieller Politik und öffentlicher Meinung so groß. Gerade die (rechtsextremen) Parteien, die so lautstark behaupten, im Namen „des Volkes“ zu sprechen, vertraten mit ihrer fanatischen Unterstützung für Israels genozidale Gewalt nur eine Minderheit. Die Umfragen für die Wahlen

im Oktober geben jedoch wenig Anlass zu Optimismus.

Das Kabinett Schoof war die rechtsgerichtetste niederländische Regierung in der Nachkriegsgeschichte und die erste, der eine rechtsextreme Partei angehörte. Dass sie nach elf Monaten auseinanderbrach, war keine Überraschung. Viele hatten erwartet, dass die Regierung noch früher stürzen würde.

Die niederländische Politik im 21. Jahrhundert erscheint außerordentlich chaotisch. Seit der Jahrhundertwende hat nur eine Regierungskoalition ihre volle vierjährige Amtszeit absolviert. Und im August 2025 erlebte das Land eine politische Premiere, als die konservative NSC das Rumpfkabinett verließ. Sie unternahm diesen beispiellosen Schritt, weil die beiden letzten verbliebenen Parteien (die rechtsliberale VVD und die rechtspopulistische Bauern-Bürger-Bewegung BBB) weiterhin die Vorschläge der NSC für eher zahme politische Proteste gegen die Völkermordpolitik des israelischen Staates blockierten.

Schaut man jedoch über das Chaos auf der Ebene der Parlamentssitze hinaus, wird deutlich, dass das allgemeine Muster der niederländischen Politik leider relativ stabil ist. Die PVV bleibt stabil, und die bürgerliche Rechte, insbesondere die rechtsliberale VVD, setzt ihren Rechtsruck fort. Umfragen sagen voraus, dass die PVV im Vergleich zu 2023 nur wenige Prozentpunkte verlieren wird und mit voraussichtlich 20 Prozent weiterhin die größte Partei bleiben wird. Der rechtsextreme Block im niederländischen Parlament besteht nun aus fünf Parteien, von der calvinistisch-fundamentalistischen SGP über die neofaschistische FvD bis hin zur BBB, die sich in einer beschleunigten Entwicklung vom selbsternannten Zentrismus zu einer rechtsextremen Partei befindet, die Notstandsgesetze zur Blockierung der Einwanderung fordert. Neu ist, dass die VVD schwere Verluste hinnehmen muss. Dies hängt mit dem ungeschickten Verhalten ihres politischen Führers Dilan Yeşilgöz zusammen, aber grundlegender ist die Spannung innerhalb der Partei zwischen denen, die die Koalition mit der PVV fortsetzen möchten, und denen, die „Stabilität“ bevorzugen.

Als das Kabinett Schoof seine Amtszeit antrat, schloss die bürgerliche Rechte eine Reihe von Vereinbarungen mit Wilders, um die Stabilität der Koalition zu sichern. Eine davon war die Abkehr von der Tradition, dass der größte Koalitionspartner auch den Ministerpräsidenten stellt. Damit wäre Wilders Ministerpräsident geworden, aber der Gedanke, dass er das Land auf internationaler Ebene vertreten würde, bereitete einigen, insbesondere im NSC, Unbehagen. Als

Kompromiss wurde der parteilose Bürokrat Dick Schoof zum Ministerpräsidenten ernannt. Außerdem versprach das neue Kabinett, die Rechtsstaatlichkeit zu respektieren. Auch dies war ein Versuch, die Rolle der PVV einzuschränken, da diese Partei sich nachdrücklich für die Abschaffung von Verfassungsrechten wie der Religionsfreiheit (für Muslime) und den Bruch mit internationalen Verträgen über Flüchtlingsrechte und Migration einsetzt.

Wie zu erwarten war, hatten solche Versuche, Wilders einzudämmen, kaum Wirkung. Er wies schnell darauf hin, dass dies bedeute, dass seine extremeren Pläne für die Zukunft weiterhin auf der Tagesordnung stünden. Da er nicht persönlich Teil des Kabinetts war, konnte er sich weiterhin als Opposition zu einer schwachen und kompromissbereiten Mainstream-Rechten präsentieren.

Wilders entschied sich dafür, die Koalition zu sprengen, indem er Forderungen stellte, von denen er wusste, dass sie unmöglich umzusetzen waren, wie beispielsweise die vollständige Schließung der Grenzen für Flüchtlinge und die Ausweisung aller im Land lebenden Syrer. Im Wahlkampf 2023 griff Wilders die Mitte-Links-Parteien manchmal von „links“ her in Fragen wie den Gesundheitskosten an, aber sobald seine Partei an der Regierung war, ließ sie ihre „soziale“ Fassade schnell fallen und schloss sich der rechten Wirtschaftspolitik ihrer Partner an. Ein Plan zur Besteuerung von Aktienrückkäufen wurde abgelehnt und eine CO2-Steuer für die Industrie abgeschafft. Die Abschaffung der Selbstbeteiligung in den obligatorischen Krankenversicherungen, ein langjähriges Versprechen der PVV, wurde fallen gelassen. Solche Schritte hatten kaum Einfluss auf die Popularität von Wilders. Als er die Koalition beendete, ging Wilders das Risiko ein, dass er die Wahl durch die Feindseligkeit gegenüber Migranten und Flüchtlingen polarisieren könnte. Wilders weiß, dass dies der Hauptgrund für die Unterstützung seiner Partei ist.

Die Tatsache, dass dieser Schritt dazu führte, dass die PVV derzeit nicht als Koalitionspartner für die bürgerliche Rechte in Frage kommt, ist für ihn nur ein vorübergehender Verlust. Wilders betrachtet die Regierungsbeteiligung nicht als Selbstzweck, sondern nur als Teil eines langfristigen Projekts, um die Niederlande zu einer rechtsgerichteten, rassistischen und autoritären Gesellschaft zu machen. Die extreme Rechte bestimmt, auch wenn sie nicht an der Regierung ist, zunehmend die Parameter dessen, was in diesem Land als politisch möglich gilt.

## Eine stagnierende Linke

Und wie sieht es mit der Linken aus? Durch die gegenwärtige Fusion mit der grünen Partei GroenLinks rückt die Arbeiterpartei (PvdA) leicht nach links. Dass die PvdA im Wahlkampf linksgerichtet klingt, ist jedoch nichts Neues, und an ihrer langfristigen Ausrichtung hat sich nichts geändert. Die Entwicklungsabteilungen beider Parteien befürworten nun eine Form der „grünen Sozialdemokratie“, aber solche Empfehlungen haben nicht unbedingt großen Einfluss auf den parlamentarischen Kurs. Darüber hinaus hat die PvdA mit ihrer früheren begeisterten Unterstützung für neoliberale Politik viele traditionelle sozialdemokratische Politikbereiche unmöglich gemacht. Die fusionierte Partei befindet sich in einem selbst geschaffenen Widerspruch. Einerseits ist ihr klar, dass sie sich, um Wählerstimmen zu gewinnen, vom Zentrum abgrenzen und sich eindeutig für einen linken und ökologischen Kurs entscheiden muss. Andererseits will GroenLinks-PvdA unter der Führung des ehemaligen EU-Kommissars Frans Timmermans von der PvdA nichts lieber als eine Koalition mit der (Mitte-)Rechten bilden und kann es sich daher nicht leisten, ihre gewünschten Partner zu sehr zu verärgern. Die Strategie der PvdA, gemeinsam mit der Rechten zu regieren, droht nun, GroenLinks mitzureißen.

Das könnte nach den Wahlen böse enden. Dann dürfte es schwierig werden, ein Kabinett zu bilden, und je länger dieser Prozess dauert, desto größer wird der Druck sowohl intern als auch extern auf PvdA-GroenLinks, „Verantwortung zu übernehmen“. Das könnte beispielsweise dazu führen, dass man sich zu einem Kabinett der Mitte verpflichtet. Dies würde die Partei weiter dazu ermutigen, sich mit einer Politik zu identifizieren, die von immer weniger Menschen unterstützt wird.

Die wichtigste Partei links von GroenLinks-PvdA, die Sozialistische Partei, hat sich für eine Rückkehr zu den Wurzeln entschieden. Nach Jahren des Niedergangs wird der Partei ein leichter Anstieg auf etwa vier Prozent der Stimmen prognostiziert. Der Kurs dieser Partei lässt sich als „wirtschaftlich progressiv, sozial konservativ“ zusammenfassen. Sie schweigt weitgehend zu Fragen des Rassismus und konzentriert sich auf sozioökonomische Themen. Selbst nach den Unruhen in Den Haag war die SP die einzige linke Partei, die für mehrere Anträge der extremen Rechten stimmte, darunter einen, der die Gewalt der extremen Rechten mit der imaginären Gewalt der extremen Linken

gleichsetzte, und einen, der „das Recht aller auf friedlichen Protest gegen Flüchtlingszentren“ verteidigte. Während sie mit feuriger Rhetorik von der „Verteidigung der Arbeiterklasse“ spricht, erklärt sie sich auch bereit, einer Regierungskoalition mit der Mitte-Rechts-Partei beizutreten, wobei sie insbesondere die christdemokratische CDA bevorzugt. Auf diese Weise läuft die SP, die einst als linke Oppositionspartei wuchs und Druck auf die PvdA ausübte, nun Gefahr, denselben Weg in die Sackgasse einzuschlagen.

Viele Linke in den Niederlanden werden wahrscheinlich für die Partei für die Tiere stimmen, eine Partei, die sich von einer Ein-Themen-Partei für Tierrechte zu einer progressiven linken und ökologischen Partei entwickelt hat. Ebenfalls dabei ist die radikale linke und antirassistische Partei BIJ1, aber leider ist es zweifelhaft, ob die Partei es schaffen wird, wieder ins Parlament einzuziehen. [1]

Die Viertelmillion Menschen in Amsterdam zeigen, dass auch in den Niederlanden eine Bewegung gegen die extreme Rechte und ihre Schrecken möglich ist. Dieses Potenzial muss organisiert und ausgebaut werden. Um das Blatt zu wenden, muss die niederländische Linke daran arbeiten, ihre eigene Macht, ihre eigenen Strukturen und Vorschläge für eine andere Gesellschaft aufzubauen. Im täglichen Kampf für sozioökonomische Interessen und gegen die extreme Rechte muss sie zusammenarbeiten und über die bevorstehenden Wahlen hinausblicken.

*16. Oktober 2025*

## **Fußnote**

[1] Zur Position der Redaktion von Greenzeloos, der Zeitschrift der niederländischen Sektion der Vierten Internationale, siehe [„Vor und nach den niederländischen Wahlen: Linker Widerstand ist unerlässlich“](#).

Der Artikel erschien in [International Viewpoint](#) auf Englisch. Wir haben ihn maschinell übersetzt und auf grobe Fehler durchgesehen.